

# Grazer SozialCard ausgeweitet

Seit einem Jahrzehnt ist die Grazer SozialCard eine wichtige, unbürokratische Unterstützung für Bürger:innen mit geringen Einkommen. Seit 1. Februar 2023 können noch mehr Menschen die Karte beantragen.

Um eine SozialCard zu erhalten, war bisher eine GIS-Gebührenbefreiung Voraussetzung. Damit waren viele Menschen, die berufstätig sind, aber wenig verdienen, ausgeschlossen. Deshalb wurden die Voraussetzungen geändert. Ab 1. Februar 2023 können auch Personen, die Wohnunterstützung beziehen, eine SozialCard erhalten.

## Leistungen SozialCard

Damit erhält man unbürokratisch und unkompliziert Zugang zu Ermäßigungen bei zahlreichen städtischen Angeboten wie etwa der SozialCard Mobilität (Jahreskarte der Graz Linien um 50 Euro), oder die kostenlose Grippeimpfung. Außerdem werden die Bezieher:innen durch einen Energiekostenzuschuss (110 Euro pro Haushalt), eine Schulaktion (60 Euro pro schulpflichtigem Kind), einen Kleinkinderzuschuss (40 Euro pro Kind) und eine Weihnachtsbeihilfe (50 Euro pro Haushalt) unterstützt.



Seit 1. Februar können alle, die Anspruch auf Wohnbeihilfe haben, die SozialCard der Stadt Graz bekommen und von vielen Vorteilen profitieren.

FOTO: GOSTENTSCHNIGG

## Ausweitung notwendig

„Die Ausweitung der SozialCard ist angesichts der starken Teuerung, die auch viele Berufstätige trifft, notwendig. Besonders auch deshalb, weil 14.000 Kinder und Jugendliche in unserer Stadt armutsgefährdet sind. Von der Teuerung sind längst auch Menschen erfasst, die früher mit ihren Einkommen gut über die Runden gekommen sind“, sagt Bürgermeisterin **Elke Kahr**.

„Eine Heimhilfe im Pflegeheim hat mit 30 Stunden ein Grundgehalt von ca. 1250 Euro

netto. Mit zwei Kindern bleibt ihr kaum Zeit für Nacht- oder Wochenenddienste, somit fehlen ihr die Zulagen. Alimente und Wohnunterstützung verbessern ihre Situation nur geringfügig. Mit der Ausweitung der SozialCard erreichen wir auch endlich diese Geringverdiener:innen, die vorher ausgeschlossen waren. Das ist ein wichtiger Schritt, armutsgefährdeten Menschen in unserer Stadt zielgerichtete Unterstützung zukommen zu lassen“, ergänzt KPÖ-Gemeinderätin **Uli Taberhofer**.

## SOZIALCARD

### Voraussetzungen:

Volljährigkeit, sechs Monate Hauptwohnsitz in Graz, GIS-Befreiung oder neu seit 1.2.2023: Bezug der Wohnunterstützung

### Antragstellung:

persönlich im Sozialamt der Stadt Graz, Schmiedgasse 26, Mo. bis Do. 8:00 bis 14 Uhr, Fr. 8:00 bis 12:30

Tel. 0316 / 872-6397

oder ONLINE unter [graz.at/sozialamt](http://graz.at/sozialamt)  
E-Mail: [sozialcard@stadt.graz](mailto:sozialcard@stadt.graz)

## ÖBB: Lärmschutzwände in Gösting werden gebaut

Seit 2019 plagt der Lärm des Verschiebebahnhofs die Menschen. „Das Pfeifen der Bremsen hört man manchmal weit über Gösting hinaus“, weiß KPÖ-Gemeinderätin **Miriam Herlicska**. Schon kurz nach ihrem Amtsantritt hat Bürgermeisterin **Elke Kahr** den ÖBB-Vorstand und Verkehrsministerin **Leonore Gewessler** dringend ersucht, für eine Verbesserung der Situation zu sorgen. Erste Maßnahmen wie der Einbau neuer Bremsen haben leider nicht den erwünschten Erfolg gebracht.

Jetzt nehmen die ÖBB die Errichtung von drei Lärmschutzwänden in Angriff. Eine bereits bestehende soll erhöht

werden. Die Stadt Graz übernimmt ein Viertel der Kosten und schießt insgesamt 487.000 Euro zu. Das hat der Gemeinderat einstimmig beschlossen. Ein weiteres Viertel bezahlt das Land Steiermark, die Hälfte der Kosten tragen die ÖBB selbst. „Damit darf es aber nicht getan sein“, so Herlicska. Denn wenn der Semmeringtunnel und die Koralmbahn fertig gestellt sind, wird es auch zu einer Zunahme des Güterverkehrs und dessen Verschub in Gösting kommen.

Es geht nicht nur um Lärmschutz, sondern es muss auch ganz besonders von den ÖBB an der Reduktion des Lärms gearbeitet werden.



## Erdbeben: Unterstützung bei Wiederaufbau



FOTO: YASEMIN A/TWITTER

Gute Nachrichten, etwa über die Bergung eines zwei Monate alten Babys nach 128 Stunden unter den Trümmern, sind rar.

Zwei starke Erdbeben haben das syrisch-türkische Grenzgebiet getroffen. Weite Teile der Region liegen in Trümmern. Zehntausende Menschen starben und die Opferzahl steigt weiterhin, da die Menschen erst nach und nach aus den Ruinen geborgen werden. Über 20 Millionen Menschen sind direkt betroffen.

Eine Katastrophe solchen Ausmaßes kann von keinem Land alleine gestemmt werden. Die Stadt Graz hat daher als erste Hilfsmaßnahme beschlossen, den Opfern des verheerenden Erdbebens 10.000 Euro über das Rote Kreuz zukommen zu lassen.

Problematisch ist allerdings, dass Hilfsgüter nicht so einfach

in alle betroffenen Regionen kommen. „Das liegt zum einen daran, dass im vom Krieg gebeutelten Syrien die Logistik nach den Beben ausgenommen schwierig ist und dass Teile der betroffenen Regionen in der Türkei als eher oppositionell bekannt sind. Hier liegt zumindest der Verdacht nahe, dass der türkische Staat die ohnehin schon knappen Hilfsmittel eher in andere Regionen geleitet hat“, sagt KPÖ-Menschenrechtssprecher **Max Zirngast**. Auf seine Anregung hin hat der Grazer Gemeinderat - einstimmig - beschlossen, dass sich die Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten am Wiederaufbau der betroffenen Regionen beteiligt.



## Zusatztafel für bedenkliches Ehrengrab



FOTO: ANDI OISN/WIKIMEDIA COMMONS

Das Urnengrab von Rudolf Hans Bartsch am Schloßberg

Schon im Juli 2020 hat KPÖ-Sklubobfrau **Christine Brauersreuther** im Grazer Gemeinderat den Antrag gestellt, dass das Ehrengrab des Schriftstellers Rudolf Hans Bartsch beim „Ägyptischen Tor“ am Grazer Schloßberg zumindest mit einer Hinweistafel kontextualisiert werden soll. Denn Bartsch ist als früherer Unterstützer nationalistischer Strömungen und Verfasser von fragwürdigen, chauvinistischen Schriften sowie Kriegspropaganda von der

Historiker:innenkommission in der Liste der bedenklichen Personen geführt. Die Abdeckung seines Ehrengrabes „ziert“ zudem ein Gedicht des NS-Symphatisanten Josef Friedrich Perkonig.

Da das Grab am Schloßberg bislang weder umgebettet noch mit einer Hinweistafel versehen wurde, hat Brauersreuther ihre Forderung im Gemeinderat erneuert. „Ich hoffe, dass ÖVP-Stadtrat **Günter Riegler** dem nun endlich nachkommt“, sagt Brauersreuther.

## Lehrpersonal für Gebärdensprache

Seit 2005 wird die österreichische Gebärdensprache (ÖGS) als eigenständige Sprache in der Bundesverfassung anerkannt. Nach 18 Jahren Wartezeit wird die ÖGS im Zuge eines inklusiven Lehrplans nun als eigenständige Unterrichtssprache eingeführt, was durchaus als Meilenstein betrachtet werden kann. „Leider steht und fällt die beste Idee mit den vorhandenen bzw. nicht

vorhandenen Ressourcen, in diesem Fall den Lehrkräften. Auch ohne die Einführung der ÖGS als Unterrichtssprache, reichen die wenigen Personalreserven jetzt schon kaum aus, um einen inklusiven Unterricht zu gewährleisten“, sagt KPÖ-Inklusionssprecher **Philipp Ulrich**. Er sieht Land und Bund in der Pflicht für genügend qualifiziertes Lehrpersonal ab dem Schuljahr 2023/24 zu sorgen.



# Rosenhain: Waldschutz bei Sanierung gesichert

Die Revitalisierung des denkmalgeschützten Jesuitenrefektoriums am Rosenhain als künftiges Institutsgebäude der Universität Graz wird noch heuer in Angriff genommen.

## Strikte Auflagen für Revitalisierung

Von der Bau- und Anlagenbehörde wurde eine zeitlich begrenzte Benutzung von Waldboden für die Bauarbeiten genehmigt. Nach Abschluss der Arbeiten erfolgt eine rasche Wiederaufforstung. „Der Wald rund um das Refektorium wird bestmöglich geschützt. Entfernt werden hauptsächlich Stauden und Gestrüpp hinter der jetzigen Ruine – und alles wird wieder aufgeforstet“, betont KPÖ-Stadtrat **Manfred Eber** als zuständiger Stadtsenatsreferent für die Bau- und Anlagenbehörde.

„Vor allem Biberneln-Rosen- und Felsenbirnen-Sträucher sowie ein Vogelkirsch- und zwei Vogelbeer-Bäume werden gepflanzt.“ Während der etwa anderthalbjährigen Bauzeit



FOTO: JULIA PRASSL

Der Wald rund um das Refektorium wird bestmöglich geschützt. Bei der Revitalisierung werden hauptsächlich Stauden und Gestrüpp entfernt – und alles muss wiederaufgeforstet werden.

wird die Baustelle durch einen Bauzaun gegenüber dem restlichen Wald abgesichert.

## Geschichtsträchtiges Naherholungsgebiet

„Der Rosenhain ist eines der wichtigsten und sensibelsten Naherholungsgebiete von Graz. Ich bin der Baubehörde sehr dankbar, dass sie hier so behutsam vorgeht“, freut sich der Geidorfer Bezirksvorsteher **Hanno Wisiak** (KPÖ).

Dass dem „Geisterhaus“ am Rosenhain jetzt wieder Leben eingehaucht wird, ist gleichsam auch ein Zurückholen von bildungspolitischer Geschichte. Das Gebäude wurde 1654 zur Erholung der Ordensmitglieder der Jesuiten, die von 1572 von Kaiser Karl II nach Graz geholt wurden, errichtet.

## Bücherbus bei der Green City

**STRASSGANG.** Seit September gibt es jetzt endlich auch bei der Green City einen Treffpunkt des Bücherbusses der Grazer Stadtbibliotheken.

KPÖ-Gemeinderat **Kurt Luttenberger** freut sich, dass die Initiative für einen zusätzlichen Stopp umgesetzt wurde. Vierzehntägig, immer mittwochs, kommt der Bücherbus von 13 bis 15 Uhr zur Ankerstraße/Ecke Straßgangerstraße. Die nächsten Termine: 22. Februar und 8. März. „Bitte nutzen Sie die Gelegenheit aus einem reichhaltigen Angebot auszuwählen, denn Lesen ist bekanntlich ‚Abenteuer im Kopf‘“, so Luttenberger.

## Verbesserungen für Kindergartenpersonal

Höhere Einstiegsgehälter bringt ein neues Gehaltschema für Pädagog:innen. Das hat der Gemeinderat beschlossen. Nachdem im Sommer bereits 54 zusätzliche Posten im Bereich der städtischen Kinderbetreuung geschaffen wurden, sollen im Herbst in einem nächsten Schritt städtische Pädagog:innen und Betreuer:innen eine Corona-Prämie von 1.000 Euro aliquot nach Beschäftigungsausmaß erhalten.

Betreuer:innen haben bereits ab dem 57. Lebensjahr drei

und mit dem 60. Lebensjahr noch einmal zwei zusätzliche Urlaubstage zur Verfügung. Diese Regelung wird nun auf die Pädagog:innen ausgeweitet.

„Wir setzen ein klares Zeichen: In unserem Wirkungsbereich tun wir das Möglichste, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern und so die Qualität der Betreuung für unsere Kinder zu steigern. Für weitere notwendige Verbesserungen müssen das Land und der Bund aktiv werden“, so Stadtrat **Manfred Eber**.

## KOMMENTAR



## Geld für Parteien nochmals gekürzt

Liebe Grazerinnen und Grazer!

2023 wird die Klubförderung für die Parteien im Rathaus noch einmal um 10 Prozent gekürzt.

Bereits im Vorjahr wurde die Klubförderung für die politischen Parteien im Rathaus um 10 Prozent gesenkt. Dadurch wurden im Vorjahr Mittel in der Höhe von über 120.000 Euro frei, nun kommen erneut mehr als 110.000 Euro für städtische Aufgaben zusammen. Außerdem wird die Klubförderung damit den niedrigsten Wert seit ihrer Einführung erreichen.

Mit der erneuten Kürzung der Gelder für Parteien haben wir ein wichtiges Zeichen gesetzt. Es wäre unverständlich, wenn wir von allen Abteilungen im Haus Graz Umsicht und Sparsamkeit einfordern, aber die Klubförderung nicht antasten. Es war allen Koalitionspartnern ein Anliegen, hier mit gutem Beispiel voranzugehen.

Im nächsten Schritt wird es klare Richtlinien geben, wie das Geld verwendet werden darf. Skandale, die im letzten Jahr öffentlich wurden, zeigen, dass hier strenge Regeln nötig sind. Es geht immerhin um Steuergeld, mit dem sparsam und sorgsam umgegangen werden muss.

Ihre Bürgermeisterin *Elke Kahr*

## SO ERREICHEN SIE ELKE KAHR:

Rathaus, 2. Stock

Tel.: 0316 872-2000

Mail: buergermeisterin.kahr@stadt.graz.at

# Graz fordert: Historische Häuser besser schützen!

Mit ihrem historischen Stadtkern stellt die Stadt Graz eine Besonderheit in der steirischen Baukultur dar. Die Innenstadt und ein paar weitere ausgewiesenen Flächen unterliegen daher einem besonderen Schutz, der Eingriffe in die historische Bausubstanz nur unter ganz besonderen Voraussetzungen erlaubt. Außerhalb dieser Schutzzone befinden sich aber auch viele Gebäude, die einen großen historischen Wert besitzen. Nicht alle davon stehen unter Denkmalschutz. Diese Gebäude sind durch das steirische Baugesetz nicht geschützt, denn nach Paragraph 32 muss jeder Abbruch erlaubt werden, wenn es keine Einwände dagegen gibt. Die Grazer-Altstadtsachverständigenkommission beurteilt dabei in der Regel aber alleine nach dem kunst- und nicht dem kulturhistorischen Wert.

„Graz hat so viel schöne und historische Bausubstanz, die wir wesentlich besser vor



Die historische Bausubstanz in Wien ist viel besser geschützt als in der Steiermark. Nun fordert der Grazer Gemeinderat die Landesregierung auf nachzuziehen.

FOTO: GERHARD G. PIXABAY

drohendem Abriss schützen müssen“, sagt KPÖ-Klubobfrau **Christine Braunersreuther**. In anderen Bundesländern, etwa Wien, ist der Erhalt von historischen Gebäuden durch

das Baugesetz weitaus besser geschützt. Dort ist der Abriss von Gebäuden, die vor 1945 errichtet wurden, erst nach ausdrücklicher Bewilligung erlaubt. Auf Antrag Braun-

ersreuthers forderte daher der Grazer Gemeinderat vom Landesgesetzgeber eine dementsprechende Änderung im Steiermärkischen Baugesetz. Nur die FPÖ stimmte dagegen.

## Junge Menschen für die Pflege begeistern

Als einziges Gymnasium in der Steiermark bietet das BG/BRG Oeversee ab dem Schuljahr 2023/24 einen Gesundheitszweig in der Oberstufe mit dem schulautonomen Pflichtgegenstand Health Care Science an.

Der Bedarf an Pflegekräften steigt stark an. Schon an vielen Orten gibt es Personalengpässe. „Darum ist das neue Angebot auch so wichtig“, sagt Gesundheits- und Pflegestadtrat **Robert Krotzer** (KPÖ). „Junge

Menschen kommen früh in Kontakt mit dem Berufsbild, sammeln Erfahrungen und erhalten Grundlagen für ihre spätere Berufsentscheidung“, so Krotzer.

Zusätzlich zum Regelunterricht werden Gesundheitskompetenzen gefördert. Hinzu kommen Expert:innenvorträge, Praktikumswochen, ein Erste-Hilfe-Grundkurs, ein Pflegefit-Kurs sowie Vorbereitungen für Aufnahmeprüfungen in Gesundheitseinrichtungen.



**FÜR SIE BESCHLOSSEN**  
Gemeinderatssitzung am 16. Februar

- ✓ **Lärmschutzwände** in Gösting werden gebaut.
- ✓ Grazer SozialCard wird **ausgeweitet**
- ✓ **K-Schema: Höhere Einstiegsgehälter** für Pädagog:innen in städtischen Kindergärten
- ✓ **Altstadtschutz:** Graz fordert vom Land, alte Häuser besser zu schützen
- ✓ **Unterstützung beim Wiederaufbau** nach den Erdbeben in der Türkei und Syrien

KPÖ